

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Abonnement
viertelj. 1 M. 25 Pf. einschließl. des „Illustr. Unterhaltungsbl.“ u. der Humor. Beilage „Seifenblasen“ in der Expedition, bei unseren Boten sowie bei allen Reichspostanstalten.

Erscheint
wöchentlich drei Mal und zwar Dienstag, Donnerstag u. Sonnabend. Insertionspreis: die kleinspaltige Zeile 12 Pf. In amtlichen Teile die gespaltene Zeile 30 Pf.

Telegr.-Adresse: Amtsblatt.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock.

Nr 145.

Sonnabend, den 7. Dezember

1907.

Die Königliche Amtshauptmannschaft und ihr Bezirksausschuß haben zugestimmt, daß

1. der sogenannte Bärenweg vom Sofa-Wildenthaler Kommunikationsweg aus bis zum Auftreffen auf die große Bockautalstraße und
2. der Kommunikationsweg Sofa-Wildenthal von Wildenthal bis zum Auftreffen auf den Weg zu den Auerberger Häusern als öffentliche Wege eingezogen werden, aber für jedermann offen bleiben und schneefrei gehalten werden, soweit dies forstwirtschaftlich nötig erscheint,
3. der Teil des sub. 2. gedachten Weges von Wildenthal bis zum Mittelflügel ganz eingezogen wird.

Gleichzeitig wird unter Zustimmung des Königlichen Finanzministeriums mit Verordnung vom 15. Juni 1906 die Straße im Tale der großen Bockau von Zimmersacher bis Wildenthal dem öffentlichen Verkehr hiermit übergeben.

Königliche Amtshauptmannschaft Schwarzenberg,

2005 D. am 3. Dezember 1907. B.

Am 1. Januar 1908 tritt die Bestimmung in § 1 Absatz 2 des Reichsgesetzes vom 10. Mai 1903, Phosphorzündwaren betreffend, in Kraft, wonach Zündwaren, die unter Verwendung von weißem und gelbem Phosphor hergestellt sind, nicht gewerbsmäßig feilgehalten, verkauft oder sonst in Verkehr gebracht werden dürfen.

Es wird besonders darauf aufmerksam gemacht.

Königliche Amtshauptmannschaft Schwarzenberg,

373 E. am 3. Dezember 1907. J.

Im Konkursverfahren über das Vermögen des Grünwarenhändlers **Josef Hauschild** in Eibenstock wird entsprechend dem Antrage des Konkursverwalters, da eine den Kosten des Verfahrens entsprechende Konkursmasse nicht vorhanden ist, das Konkursverfahren eingestellt.

Termin zur Abnahme der vom Konkursverwalter zu legenden Schlußrechnung wird auf den

3. Januar 1908, 10 Uhr vormittags

anberaumt.

Königliches Amtsgericht Eibenstock,

den 4. Dezember 1907.

Im Güterrechts-Register des Königlichen Amtsgerichts Eibenstock ist heute auf Blatt 17 eingetragen worden, daß zwischen dem Stickerfabrikanten **Emil Kurt Kober** und seiner Ehefrau **Thekla Kober geb. Forner**, beide in Eibenstock, durch Vertrag vom 29. November 1907, Gütertrennung vereinbart worden ist.

Eibenstock, am 5. Dezember 1907.

Königliches Amtsgericht.

Zu der öffentlichen Vorbilderammlung

der hiesigen Zweigabteilung der Königl. Kunstschule fand heute eine **Auswechslung** gegen neu erworbene Vorbilder statt.

Kneisel.

Kommende Vorlagen.

Im Reichstag hat Staatssekretär von Bethmann-Hollweg in einer Ergänzung der innerpolitischen Rede des Fürsten Bülow sich über die sozialen Aufgaben sowie sonstige geplante Gesetzesentwürfe geäußert, und wenn man dabei auch nicht allzuviel neues gehört hat, so bietet doch das bei dieser Gelegenheit entwickelte Arbeitsprogramm manches Interessante. Mit den Arbeitssammern soll endlich Ernst gemacht werden und man darf wohl erhoffen, daß diese vielfach gewünschte Institution eine für die arbeitenden Klassen der Nation ersprießliche Gestalt annehmen wird; sehr bemerkenswert war die Mitteilung des Staatssekretärs, daß er für eine Verbesserung des Koalitionsrechts durchaus einzutreten geneigt sei, indem er selbst zugab, daß es nicht richtig sei, wenn Arbeiter bei prinzipiell berechtigter Ausübung ihres Koalitionsrechtes vor Gericht gezogen werden könnten. Andererseits kann man Herrn von Bethmann-Hollweg nur beifolien, wenn er gegen etwaige Auswüchse des Koalitionsrechtes Front macht und entschieden erklärt, es müssen den Arbeitern Garantien gegeben sein, daß sie koalieren könnten, wann und mit wem sie wollten. Es darf unter keinen Umständen angehen, und muß auf das strengste bestraft werden, wenn Arbeiter einen Kollegen brotlos zu machen suchen, weil er ihrer Organisation nicht angehört. Ueber eine der Hauptfragen auf sozialpolitischem Gebiete, einer Reform der Versicherungs-gesetzgebung, konnte der Staatssekretär leider über die künftige Ausgestaltung der Reform resp. über deren Einbringung im Parlament, keinerlei Auskunft geben. Auch der Entwurf über das Versicherungswesen der Privatangestellten wird wohl nicht so schnell an den Reichstag gelangen, da es sich um recht schwierige Vorarbeiten handelt; für die Beiträge zu dieser Versicherung sollen höchstens 10 Prozent des Arbeitsverdienstes halb zu Lasten des Arbeitgebers und halb zu Lasten des Angestellten gerechnet werden, wodurch die technische Möglichkeit der Durchführung des Planes gesichert erscheint. Des weitern ist eine Ausdehnung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe geplant und ebenso sollen für die Handelsangestellten und die Techniker besondere Vertretungen geschaffen werden, wenn auch die betreffende Vorlage erst in der nächsten Session wird eingebracht werden können. All das sind erfreuliche Fortschritte, und auch andere Vorlagen, deren Ausarbeitung angekündigt wird, wie die, betr. den unlauteren

Wettbewerb, die u. a. die Regelung des Konkurs- und Ausverkaufswesens enthalten soll, können willkommen heißen werden. Weniger wird man in vielen Gegenden Deutschlands das angekündigte Weingesez begrüßen, gegen welches sofort in der Montagsitzung der süddeutsche Demokrat von Bayer sich wandte. Von Bedeutung ist noch die Erklärung des Staatssekretärs, daß die Reichsregierung erwägt, wie der Geldumlauf entsprechend der wachsenden Bevölkerung und dem Wechselbedürfnis zu regeln ist und wie die Reichsbank mehr als bisher gegenüber unvorhergesehenen Fällen geschützt werden könne, eine Absicht, die aus der schweren Finanzkrisis der letzten Monate resultiert. Schließlich kündigte Herr von Bethmann-Hollweg noch den Entwurf des Ehegesetzes an, wie auch die Regierung die Einführung eines Postüberweisungsverkehrs in Erwägung ziehe. Desgleichen darf nach den Ausführungen des Fürsten Bülow in der Sonnabend-sitzung erwartet werden, daß mit der Justizreform in den vom Reichskanzler festgelegten Grenzen jetzt endlich ein schnelleres Tempo eingeschlagen werden dürfte. Man sieht, daß ein großes und segensreiches Programm aufgestellt ist, das hoffentlich auch in vollem Umfange zur Durchführung gelangt, ohne daß dabei berechnete Interessen irgend einer Erwerbsklasse eine Schädigung erfahren.

Tagesgeschichte.

— Deutschland, Berlin, 4. Dezbr. Die Nordd. Allg. Ztg. meldet: Der Reichskanzler Fürst v. Bülow begab sich heute vor Eröffnung der Sitzung nach dem Reichstage, wo er die Führer der Mehrheitsparteien zu einer Besprechung bitten ließ. Den Anlaß dazu haben dem Reichskanzler die Vorgänge der gestrigen Sitzung geboten. Es erscheint aussichtslos, die Geschäfte im Sinne der am 13. Dezember v. J. inaugurierten Politik zu führen, wenn die zum Zusammenwirken berufenen Parteien in ihrem parlamentarischen Auftreten noch dem gestern gegebenen Beispiel fortfahren, gegeneinander oder gegen die Regierung zu kämpfen. Infolgedessen wurde die heutige Sitzung nach einer gegen die gestrigen Bemerkungen des Abgeordneten Paasche gerichteten Rede des Kriegsministers von Einem abgebrochen und auf morgen vertagt.

— Berlin, 5. Dezember. Ueber die gestrige Kon-

ferenz zwischen dem Fürsten Bülow und den Führern der Blockparteien berichtet das B. L.: Der Reichskanzler ließ mittags um 1 Uhr die Parteiführer im Reichstage zu sich bitten und erklärte ihnen, ohne auch nur ein Wort über den Fall Paasche zu erwähnen, daß ihm die Uneinigkeit des Blocs das Regieren unmöglich mache; er deutete mit klaren Worten an, daß er genötigt sein könnte, dem Kaiser sein Entlassungsgesuch zu übersenden. Nur dann, wenn die Blockparteien ihm unzweideutig ihr Vertrauen ausdrückten, könnte er bleiben. Nachdem der Reichskanzler diese Ansprache an die Parteiführer gehalten hatte, verließ er den Reichstag. Um 5 Uhr vereinigten sich dann, nachdem die Fraktionen zunächst getrennt beraten hatten, Delegierte der Blockparteien zu einer gemeinsamen Beratung. Es wurde beschlossen, daß heute vor Beginn der Reichstags-sitzung eine Kundgebung stattfinden solle. Der konservative Abgeordnete von Normann wird erklären, daß seine Partei an der Blockpolitik festhalte und möglichst alles vermeiden wolle, was die Blockparteien trennen könne. Dann wird namens der Nationalliberalen Abg. Bassermann eine ähnliche Erklärung abgeben, worauf namens der freisinnigen Parteien wahrscheinlich Abg. Wiemer sich den Vorrednern anschließen wird. Der B. L. A. meldet: Noch gestern Abend hat eine Aussprache zwischen dem Kriegsminister und dem Abg. Paasche stattgefunden, welche in der Versicherung ausklang, daß man mit den Empfindungen der alten gegenseitigen Freundschaft von einander scheidet, da man überzeugt sei, daß jeder von seiner Stelle aus loyal gehandelt habe.

— Berlin, 5. Dezember. Die heute im Reichstage von den Parteiführern abgegebenen Erklärungen werden dem Reichskanzler alsbald schriftlich zugehen, und er wird sich entschließen, ob sie ihm für eine ersprießliche Fortführung seiner Politik genügen. Da aber die Blockparteien einmütig und einwandfrei ihr Vertrauen zur Leitung der politischen Geschäfte durch den Fürsten von Bülow ausgedrückt und betont haben, daß sie die Blockpolitik weiterführen wollen, erscheint es wahrscheinlich, daß der Reichskanzler den Mehrheitsparteien seine Mitarbeit nicht versagen wird. — Die Stimmung des Fürsten von Bülow ist, wie der „Local-Anzeiger“ andeulenden Vermutungen gegenüber betont, frei von jeder Nervosität. Die Personen, die in diesen Tagen mit ihm zu

Stadtverordnetenwahl

Montag, den 9. Dezember 1907.

Wahllokal: Bibliothekszimmer des neuen Rathhauses.

Zeit zur Stimmenabgabe: von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 1 Uhr.

Öffentliche Stimmenaushählung: von nachmittags 3 Uhr ab.

Von den zu wählenden 7 Stadtverordneten müssen mindestens 1 anständig und 2 unanständig sein. Die zu Wählenden sind unter Angabe ihres vollständigen Namens und des Standes so zu bezeichnen, daß über deren Person kein Zweifel möglich ist. Bei Personen gleichen Namens ist jeder Zweifel durch genaue Angabe der Wohnung auf dem Stimmzettel auszuschließen. Alljährlich hat eine große Zahl Stimmen als ungültig erklärt werden müssen, weil bei Ausfüllung oder Drucklegung der Stimmzettel obigen Erfordernissen nicht entsprochen worden war.

Die Wähler werden ersucht, das Wahlgeschäft dadurch erleichtern zu helfen, daß sie ihr Stimmrecht möglichst schon im Laufe des Vormittags ausüben.

Stadttrat Eibenstock, den 26. November 1907.

Hesse.

M.

Bekanntmachung.

Nachdem die Ergänzungswahlen für den Kirchenvorstand stattgefunden haben und die Verpflichtung der neu oder wieder gewählten Mitglieder erfolgt ist, bilden den Kirchenvorstand nunmehr, mit den beiden Ortsgeistlichen die Herren

Kommerzienrat Wilhelm Dörfel, stellvert. Vorsitzender,

Amtsrichter Dr. Böhm, Protokollführer,

Kaufmann Paul Reinelt,

Holzschleifereiarbeiter Traugott Richter,

Fabrikant Carl Seidel,

Spunddrehereibesitzer Wilhelm Unger und

Bürgereschullehrer Walthar Voigt,

fämlich in Eibenstock.

Gemeindeältester Friedrich Unger in Blauenthal und

Schmiedemeister Hermann Bergert in Wolfsgrün.

Eibenstock, den 5. Dezember 1907.

Der Kirchenvorstand.

Gebauer, Pfarrer, Vorsitzender.

Sonnabend, den 7. dss. Mon.

nachmittags 2 Uhr

sollen in der Restauration „zum Bürgergarten“ hier folgende daselbst eingestellte Gegenstände, nämlich:

ein Vertikow und ein Nähtisch

an den Meistbietenden gegen sofortige Barzahlung versteigert werden.

Eibenstock, am 5. Dezember 1907.

Der Gerichtsvollzieher des Königl. Amtsgerichts.